

Die Mehrheit fühlt sich gegängelt

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 136 vom 16. Juni 2021

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 136 vom 16. Juni 2021, S. 8, unter dem Titel:

"Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. Nur noch weniger als die Hälfte glaubt, man könne seine Meinung in Deutschland frei äußern."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Diskriminierende Bezeichnungen?
	A	2	"Cancel Culture": für die meisten ein unbekannter Begriff
	A	3	Political Correctness
	A	4	Gegenreaktion

	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
--	---	---	--

Schaubild		1	Freie Meinungsäußerung
		2	Freie Meinungsäußerung - Analysen nach Parteianhängerschaft
		3	Wobei man sich den "Mund verbrennen" kann
		4	"Gendern" - übertrieben?
		5	"Gendern" - Analyse nach Parteianhängerschaft

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Die Tyrannei der Minderheit

Als vor 190 Jahren der französische Adelige Alexis de Tocqueville die Vereinigten Staaten besuchte, beobachtete er in der dortigen Gesellschaft eine Neigung zum Konformismus, die ihn befremdete. Nicht die Regierung, sondern die Gesellschaft selbst gab sich Regeln, die auf die Bürger starken Druck ausübten. Eine starke soziale Kontrolle, so schien ihm, schrieb dem Einzelnen vor, wie er sich zu verhalten habe, und der Einzelne beuge sich aus Angst vor Isolation diesem Druck. Als Gefahr für die Freiheit des Einzelnen sah er dabei das in der Demokratie so entscheidende Mehrheitsprinzip an. Was wäre, wenn die Mehrheit beschlösse, die Minderheit zu unterdrücken? Gegen eine solche „Tyrannei der Mehrheit“ gebe es keine Möglichkeit, sich zu wehren. „An wen soll er sich wenden?“ schrieb Tocqueville. „An die öffentliche Meinung? Sie ist es,

die die Mehrheit bildet. An die gesetzgebende
Versammlung? Sie stellt die Mehrheit dar und
gehört ihr blind. An die ausübende Gewalt?
Sie wird durch die Mehrheit ernannt und dient
ihr als gefügiges Werkzeug.“

Manches an der heutigen gesellschaftlichen
Situation in Deutschland mag einen an
Tocqueville erinnern. Auch heute klagen auf-
fallend viele Bürger über eine starke soziale
Kontrolle, haben den Eindruck, dass versucht
wird, ihnen bis ins Detail vorzuschreiben, wie
sie sich zu verhalten hätten, und viele haben
das Gefühl, sich nicht dagegen wehren zu
können. Doch eines ist anders als von Tocque-
ville beschrieben: Der Druck geht nicht von
der Mehrheit, sondern von einer Minderheit
aus. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen
Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demo-
skopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung.

Bereits seit einiger Zeit zeigt sich in den Um-
fragen des Allensbacher Instituts, dass das
Freiheitsgefühl der Bürger rückläufig ist. Seit
dem Jahr 1953 wurde immer wieder die Frage
gestellt „Haben Sie das Gefühl, dass man heu-
te in Deutschland seine politische Meinung
frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig
zu sein?“ Stets antwortete eine klare Mehrheit,

sie glaubte, man könne seine Meinung frei äußern. Von den sechziger Jahren bis ins vergangene Jahrzehnt hinein vertraten regelmäßig mehr als zwei Drittel der Befragten diese Ansicht, seitdem aber haben sich die Antworten dramatisch verändert. Im Juni 2021 sagten gerade noch 45 Prozent, man könne seine Meinung frei sagen, praktisch gleich viele, 44 Prozent, widersprachen. Schaubild 1

Dabei fällt auf, wie unterschiedlich stark die Anhänger der verschiedenen Parteien den Eindruck haben, sie könnten ihre Meinung nicht frei äußern. Unter den AfD-Anhängern waren 62 Prozent dieser Ansicht, aber auch die Anhänger der FDP und der Linken meinten mehrheitlich, man müsse bei seinen Meinungsäußerungen vorsichtig sein. Anhänger der SPD zeigten sich in dieser Hinsicht gespalten, die der CDU/CSU fühlten sich in ihrer Meinungsäußerung etwas überdurchschnittlich häufig frei. Mit Abstand am wenigsten Meinungsklimadruck empfanden die Grünen-Anhänger. Schaubild 2

Man kann annehmen, dass die allermeisten Menschen, die darüber klagen, man könne seine Meinung nicht frei äußern, durchaus wis-

sen, dass es kein Gesetz gibt, dass ihnen die freie Meinungsäußerung verbietet. Darum sind in diesem Zusammenhang auch Verweise auf die im Grundgesetz festgeschriebene Meinungsfreiheit sinnlos. Stattdessen bezieht sich die Klage auf die gesellschaftlichen Sanktionen, die drohen, wenn man gegen die Regeln der „Political Correctness“ verstößt. Wie sehr sich in dieser Hinsicht das Klima in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt hat, zeigen die Antworten auf eine Frage, bei der die Interviewer eine Liste mit gesellschaftspolitischen Themen vorlegten. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche davon „heikle Themen“ seien, bei denen man sich leicht „den Mund verbrennen“ könne. Gegenüber dem Jahr 1996, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, hat die Häufigkeit, mit der verschiedene Themen als „heikel“ bezeichnet werden, geradezu dramatisch zugenommen. Dass es heikel sei, über Muslime bzw. den Islam zu sprechen, meinten 1996 15 Prozent der Befragten, heute sind es 59 Prozent. Dass Vaterlandsliebe und Patriotismus heikel seien, glaubten vor 25 Jahren 16 Prozent, in der aktuellen Umfrage waren es 38 Prozent. Beim Thema Emanzipation bzw. Gleichberechti-

Schaubild 3

gung der Frauen ist ein Anstieg von 3 auf 19 Prozent zu verzeichnen.

Wie sehr der empfundene Druck, sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen nur in einer bestimmten Wortwahl zu äußern, den Vorstellungen der meisten Bürger entgegensteht, lässt sich gut am Beispiel der „gendergerechten Sprache“ illustrieren, die seit einiger Zeit an vielen Universitäten, öffentlichen Institutionen und auch in einigen Medien verwendet wird. In der Umfrage wurde die Frage gestellt: „Wenn jemand sagt: ‚Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man z. B. neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.‘ Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?“ Die Antworten der Befragten auf diese Frage waren eindeutig: Nur 19 Prozent sagten, sie sähen das auch so, 71 Prozent hielten ein solches Verhalten für übertrieben, Frauen zu 65 Prozent. Die Einstellung zum „Gendern“ ist auch keine Frage der Generation: Unter 30-Jährige waren zu 65 Prozent der Ansicht, ein solcher Sprachgebrauch sei übertrieben. Diese Haltung zieht sich auch durch alle politischen Lager: Am relativ größten war der Anteil der kompromisslosen Befürworter der „genderge-

Schaubild 4

rechten Sprache“ noch unter den Anhängern der Grünen – doch auch bei ihnen betrug er nur 25 Prozent. 65 Prozent der Grünen-Anhänger sprachen sich dagegen aus. Schaubild 5

Das Beispiel steht nicht allein. Bereits im vergangenen Jahr hatte das Allensbacher Institut gefragt, ob man heute noch „Zigeunerschnitzel“ bestellen oder Schaumküsse „Negerkuss“ oder „Mohrenkopf“ nennen dürfe. Sehr deutliche Mehrheiten antworteten mit „Ja“. Mehr als zwei Drittel, 68 Prozent, meinten, man könne auch heute noch von „Mohrenkopf“ sprechen, bei „Zigeunerschnitzel“ fanden das 77 Prozent. Tabelle A 1

Vor einiger Zeit wurde der Begriff der „Cancel Culture“ in die öffentliche Diskussion über Meinungsfreiheit eingeführt. Er bezeichnet, sofern er sich überhaupt klar definieren lässt, eine besonders radikale Form der Political Correctness, nämlich das Bestreben, Personen, die bestimmte, als nicht angemessen empfundene Äußerungen machen, keinen Raum zur Meinungsäußerung zu geben und sie nach Möglichkeit aus ihren Positionen zu entfernen, so dass sie bzw. ihre Meinungen aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Wie sehr solche Debatten an weiten Teilen der Bevöl-

kerung vorbei gehen, zeigt sich bereits in der Tatsache, dass nur 24 Prozent der Befragten schon einmal von dem Begriff „Cancel Culture“ gehört hatten. Auf die Nachfrage, was der Begriff bedeute, konnten gerade 11 Prozent Angaben machen, die zumindest nicht offensichtlich falsch waren.

Tabelle A 2

Auch in vielen konkreten Fällen zeigt sich die Bevölkerung weniger unduldsam gegenüber Personen, die gegen Normen verstoßen, als man angesichts des Tonfalls in der öffentlichen Diskussion annehmen könnte. Bei einer Frage wurden Fälle aus den letzten Monaten vorgestellt, bei denen Personen wegen öffentlicher Äußerungen zurücktreten oder andere Konsequenzen erfahren mussten. Die Befragten wurden gebeten, zu jedem Fall anzugeben, ob sie die Konsequenzen für gerechtfertigt oder übertrieben hielten. Nur in einem der präsentierten Fälle hielt eine Mehrheit der Befragten die Konsequenzen für gerechtfertigt: 67 Prozent sagten, es sei richtig gewesen, dass der DFB-Präsident zurücktreten musste, nachdem er seinen Stellvertreter mit dem Nazi-Richter Roland Freisler verglichen hatte. Bei einer Reihe anderer Fälle war die Bevölkerung gespalten. So meinten 49 Prozent, es sei gerechtfertigt, wenn ein ehemaliger National-

Tabelle A 3

spieler mehrere Jobs verliert, wenn er einen schwarzen TV-Experten als „Quoten-Schwarzen“ bezeichnet, 50 Prozent hielten das für übertrieben. Bei anderen Punkten fehlt den Bürgern dagegen jedes Verständnis für die öffentliche Aufregung: 87 Prozent meinten, es sei übertrieben, wenn eine weiße Übersetzerin ihren Übersetzungsauftrag für das Gedicht einer schwarzen Autorin verliert, weil sie sich als Weiße nicht ausreichend in die Gedankenwelt einer Schwarzen hineinversetzen könne, und 95 Prozent verstanden es nicht, warum eine Politikerin sich offiziell entschuldigen muss, weil sie gesagt hat, dass sie als Kind Indianerhäuptling werden wollte.

Eine interessante Frage ist, wie die Diskrepanz zwischen den Sprach- und Verhaltensnormen der Bürger und der Wahrnehmung dessen, was gesellschaftlich geduldet wird und was nicht, zustande kommt. Wer im persönlichen Umfeld Zigeunerschnitzel bestellt, von Indianerhäuptlingen spricht und es sich erspart, im privaten Gespräch „Gendersternchen“ mitzusprechen, wird kaum jemals auf den Unmut seiner Mitmenschen stoßen. Woher kommt also der Eindruck, man dürfe dies nicht tun? Dies ist nur erklärbar, wenn man die Rolle der Massenmedien in diesem Prozess mitberücksichtigt. Ohne sie könnte ein solcher öffentlicher Druck gegen die Einstel-

lungen der Mehrheit nicht aufgebaut werden. Es spricht einiges dafür, dass sich die intellektuellen Diskussionen um solche Themen – einschließlich der Diskussionen in maßgeblichen Massenmedien – teilweise von der Lebenswirklichkeit der Bürger entkoppelt haben.

Dies aber bedeutet für die Gesellschaft Konfliktpotential. Für die beteiligten Medien ist es problematisch, weil Zuspruch und Glaubwürdigkeit in Gefahr sind. Und auch die Bereitschaft der Bevölkerung, sich sprachlich gängeln zu lassen, ist nicht grenzenlos. Es mag ein gewisses Maß an Selbsttäuschung dahinterstecken, dennoch ist es bemerkenswert, dass 55 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten: „Ich weigere mich mit Absicht, meine Ausdrucksweise anzupassen und mich politisch korrekt auszudrücken, weil es mich nervt, wenn andere versuchen, mir ihre Sprachregelungen aufzudrängen.“ Nur 19 Prozent stimmten der Aussage ausdrücklich nicht zu. Und auch hier zieht sich diese Haltung durch das gesamte gesellschaftspolitische Spektrum. Lediglich die Grünen-Anhänger zeigten sich in dieser Frage gespalten. Wer aber versucht, Regeln zu setzen, denen zu folgen sich die Mehrheit weigert, ist am Ende machtlos.

Tabelle A 4

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1070
Befragungszeitraum:	28.5. bis 9.06.2021
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Diskriminierende Bezeichnungen?

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja verschiedene Arten, Schnitzel zuzubereiten, z.B. mit Paprikasoße: "Wenn davon irgendwo die Rede als 'Zigeunerschnitzel' ist - finden Sie, dass man diesen lang gebräuchlichen Namen auch weiterhin sagen soll, oder soll man das besser nicht mehr sagen, weil das Wort 'Zigeuner' beleidigend ist?"

FRAGE: "Es gibt ja diese Süßigkeit mit Schokoladenüberzug: Wenn davon irgendwo die Rede als 'Negerkuss' oder 'Mohrenkopf' ist - finden Sie, dass man diesen lang gebräuchlichen Namen auch weiterhin sagen soll, oder soll man das besser nicht mehr sagen, weil das Wort 'Neger' beleidigend ist?"

	Bevölkerung insgesamt	
	"Zigeunerschnitzel"	"Negerkuss oder Mohrenkopf"
	%	%
Auch weiterhin sagen	77	68
Besser nicht mehr sagen.....	12	22
Unentschieden	11	10
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12022, August 2020

"Cancel Culture": für die allermeisten ein unbekannter Begriff

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGEN: "Haben Sie den Begriff 'Cancel Culture' schon einmal gehört, oder hören Sie den Begriff gerade zum ersten Mal?"

Falls: "schon gehört":

"Können Sie mir kurz in Ihren eigenen Worten sagen, was Ihrer Meinung nach mit diesem Begriff gemeint ist?"

	Bevölkerung insgesamt %
"Cancel Culture" schon gehört	24
Vage Angabe	8
Klare, relativ eindeutige Angabe	4
Eindeutiges Missverständnis.....	5
Keine Angabe.....	7
Höre ich zum ersten Mal	75
Keine Angabe	1
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036, Juni 2021

Political Correctness

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf den Karten stehen verschiedene Situationen, um die es, im Zusammenhang mit politischer Korrektheit, in der letzten Zeit Debatten gab. Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt, je nachdem, ob Sie das, was auf den Karten beschrieben ist, für gerechtfertigt oder für übertrieben halten."

Bevölkerung insgesamt

	Halt das für -	
	gerechtfertigt %	übertrieben %
Der DFB-Präsident muss von seinem Amt zurücktreten, weil er seinen Stellvertreter mit einem Nazi-Richter verglichen hat.....	67	32
Eine Kabarettistin wurde von einem Literaturfestival eingeladen, weil sie über Juden sagte: "Den Juden geht's wirklich nicht ums Geld, denen geht's um die Weiber, und deswegen brauchen sie das Geld."	50	50
Der Intendant eines öffentlich-rechtlichen Senders entschuldigt sich öffentlich für ein satirisches Lied, in dem Senioren als "Umweltsäue" bezeichnet werden.....	49	50
Ein ehemaliger Nationalspieler verliert mehrere Jobs, weil er einen schwarzen TV-Experten als "Quoten-Schwarzen" bezeichnet hat.....	49	50
Ein Maler wird von einer Kunstaussstellung ausgeschlossen, weil er sagte: " Die AfD ist ein begrüßenswertes Korrektiv im maroden Politikbetrieb"	35	64
Ein ehemaliger Fußballprofi ist als TV-Experte zurückgetreten, weil er im Fernsehen sagte, eine Mannschaft "trainiere bis zum Vergasen"	34	66
Ein Wirtschaftsprofessor wird bei seinen Vorlesungen beleidigt und bedrängt, weil er früher Mitglied der AfD war	16	83
Der Vertrag eines Fußball-Reporters wurde nicht verlängert, weil er über einen japanischen Spieler von Hannover 96 sagte: "Sein letztes Tor hat er im Land der Sushis geschossen".....	13	86
Eine weiße Übersetzerin verliert einen Übersetzungsauftrag für das Gedicht einer schwarzen Autorin, weil sie sich als Weiße nicht ausreichend in die Gedankenwelt einer Schwarzen hineindenken könne....	12	87
Die Mohrenstrasse in Berlin wird wegen des Wortes "Mohr" umbenannt. ...	10	88
Eine Politikerin muss sich offiziell entschuldigen, weil sie bei einer öffentlichen Veranstaltung sagte, dass sie als Kind Indianderhäuptling werden wollte	4	95

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036, Juni 2021

Gegenreaktion

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn jemand sagt: 'Ich weigere mich mit Absicht, meine Ausdrucksweise anzupassen und mich politisch korrekt auszudrücken, weil es mich nervt, wenn andere versuchen, mir ihre Sprachregelungen aufzudrängen.' Geht Ihnen das auch so, oder geht Ihnen das nicht so?"

	Bev. insg. %	Anhänger der					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	Die Linke %	AfD %
Geht mir auch so	55	57	52	59	36	56	83
Geht mir nicht so.....	19	15	22	22	31	23	1
Unentschieden.....	26	28	26	19	33	21	16
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036, Juni 2021

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

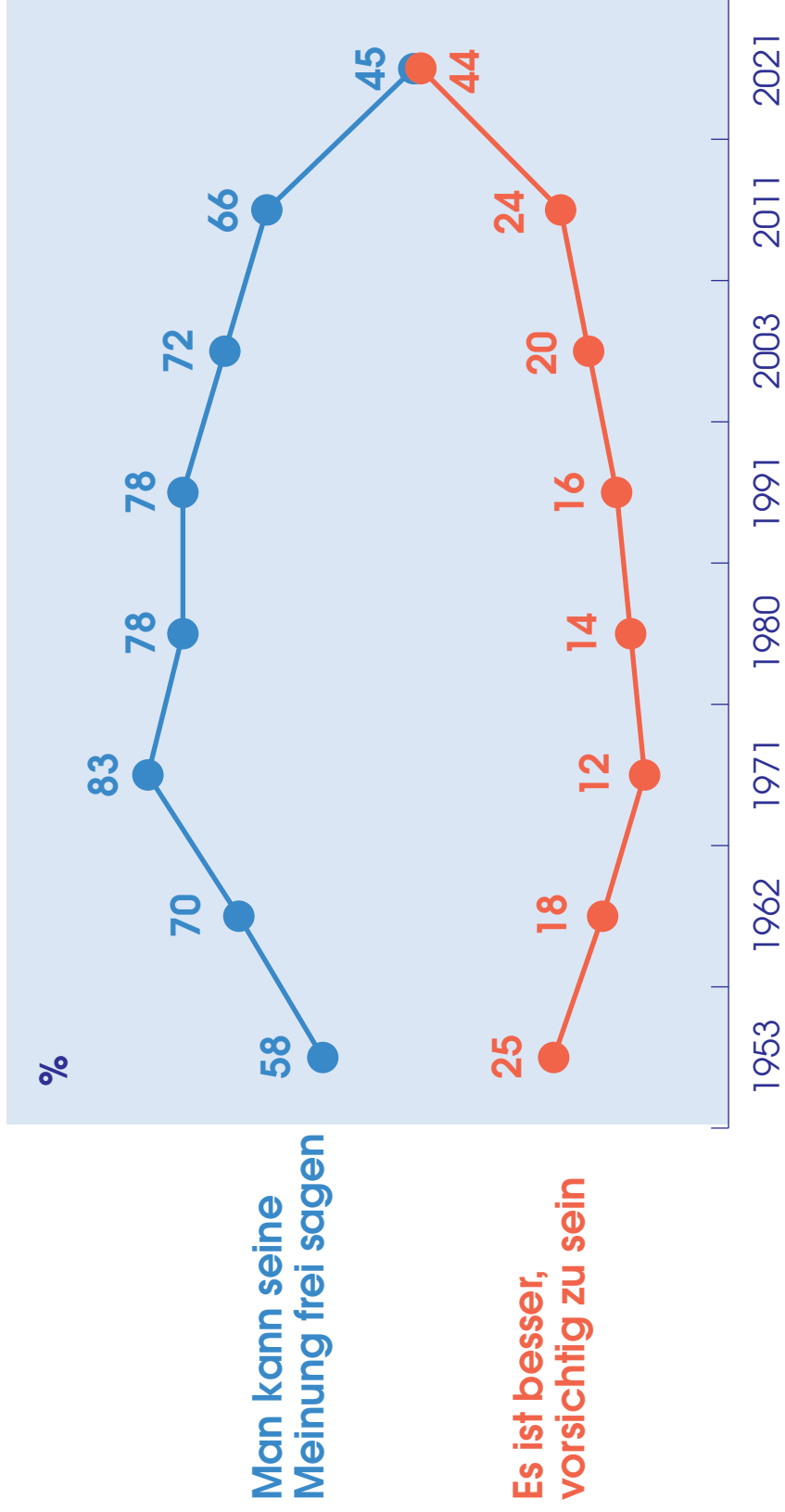
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 1. Halbjahr	33,5	6,5	15,5	21,0	7,5	11,0	5,0
3. - 16. Juli.....	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August.....	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5
7. - 20. Oktober...	35,5	6,0	17,0	20,0	7,0	10,0	4,5
1. - 11. November...	37,0	6,5	17,0	18,0	7,5	9,5	4,5
28.Nov. - 10.Dez...	37,0	7,0	16,5	19,0	7,0	9,0	4,5
2021: 10.-20. Januar.....	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar...	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März.....	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April.....	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai...	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai.....	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni...	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.070 Personen

Schaubilder

Freie Meinungsäußerung

Frage: "Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?"

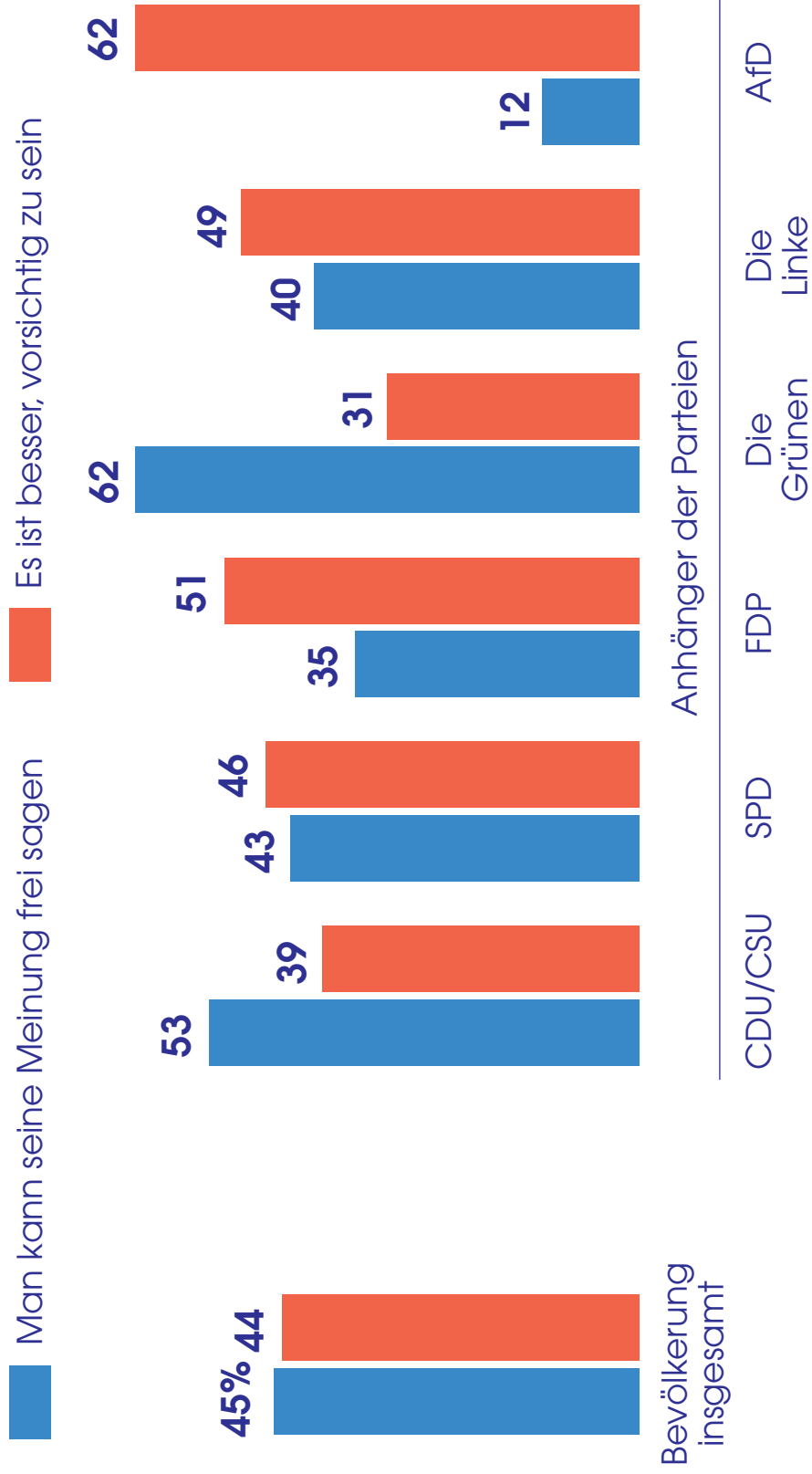


An 100 fehlende Prozent: "Mit Einschränkungen", unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland (bis 1980: Westdeutschland), Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12036

Freie Meinungsäußerung – Analyse nach Partei- anhängerschaft

Frage: "Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?"



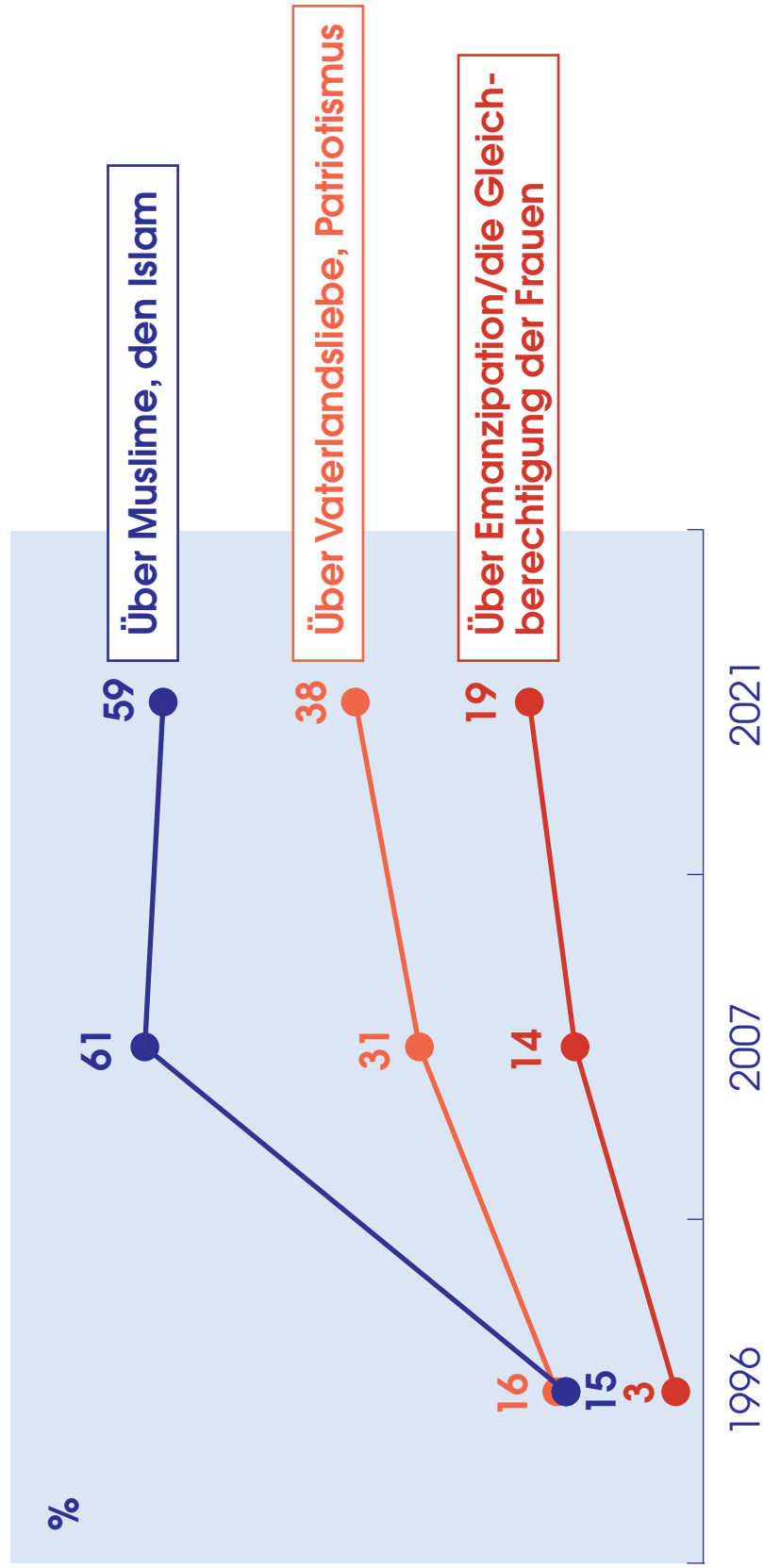
An 100 fehlende Prozent: "Mit Einschränkungen", unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036

Wobei man sich den "Mund verbrennen" kann

Frage: "Auf dieser Liste haben wir einiges aufgeschrieben, worüber man sich unterhalten kann. Welches davon sind Ihrer Ansicht nach heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann, wenn man darüber spricht?"

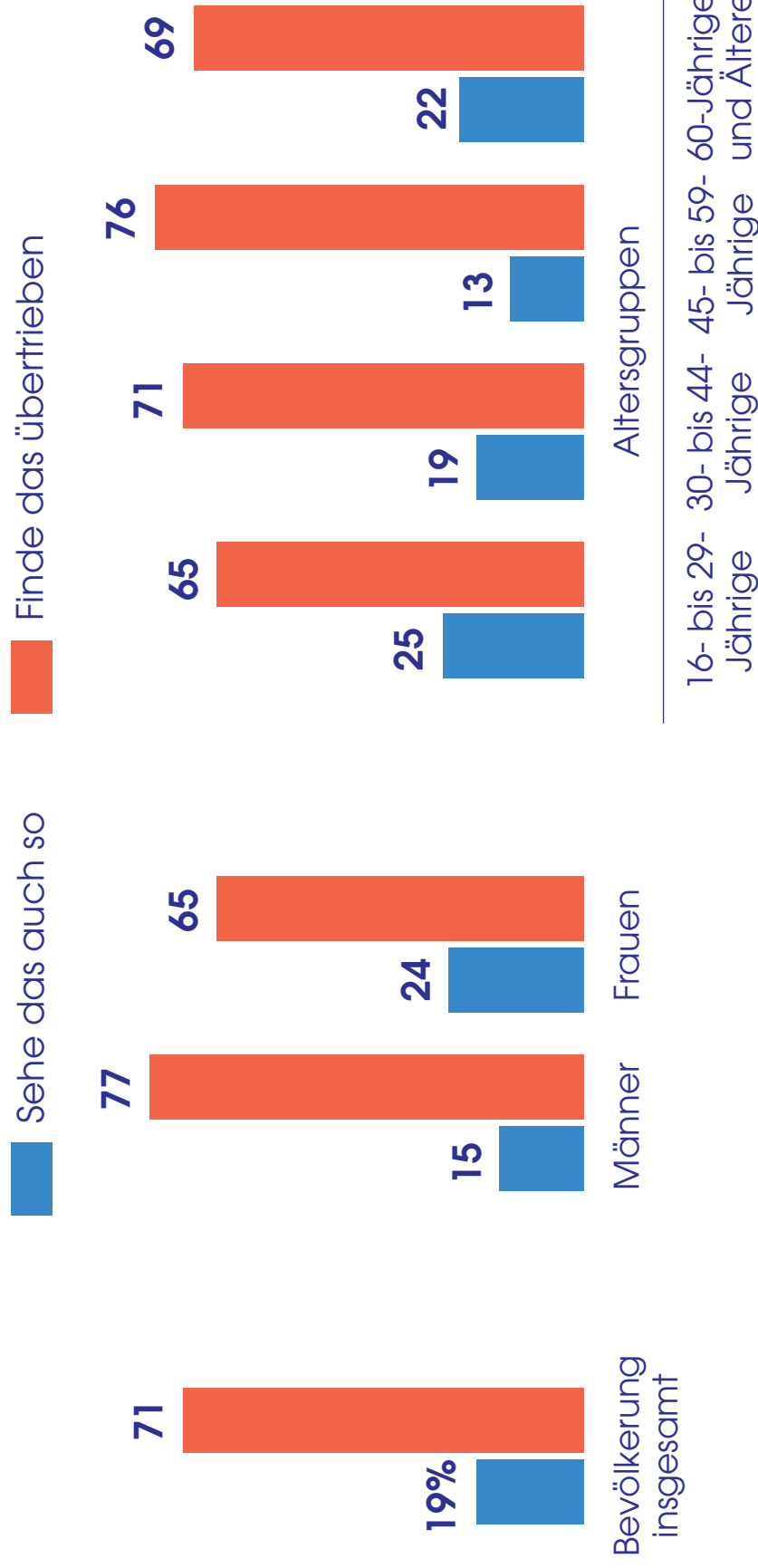
- Auszug aus den Angaben -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12036

"Gendern" – übertrieben?

Frage: "Wenn jemand sagt: 'Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man z. B. neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.' Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?"

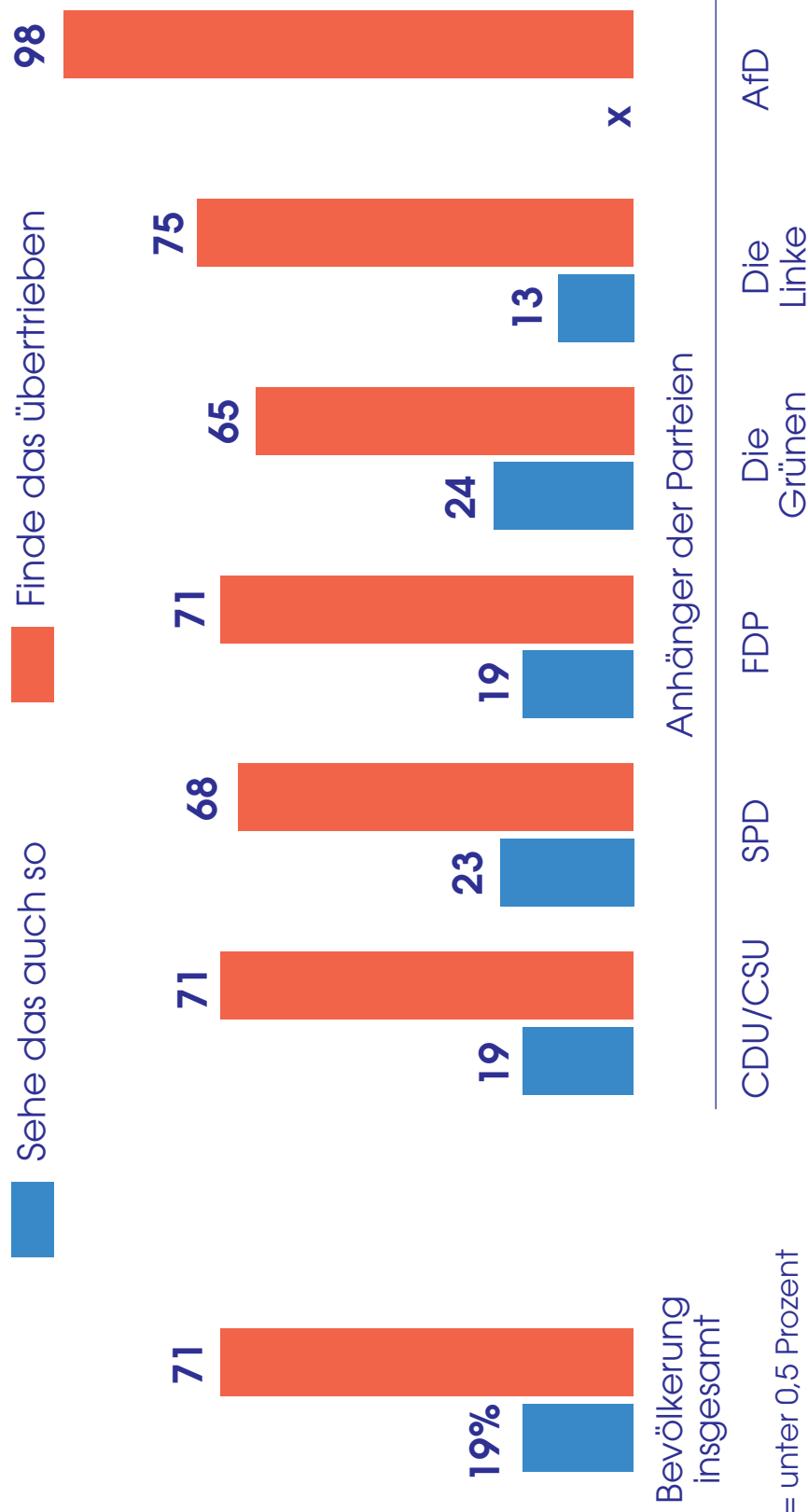


An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036

"Gendern" – Analyse nach Parteianhängerschaft

Frage: "Wenn jemand sagt: 'Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man z. B. neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.' Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?"



x = unter 0,5 Prozent
An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12036

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 136
vom 16. Juni 2021, S. 8, unter dem Titel:

"Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. Nur noch weniger
als die Hälfte glaubt, man könne seine Meinung in
Deutschland frei äußern."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Die Mehrheit fühlt sich gegängelt

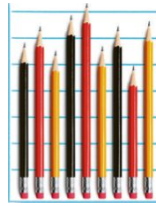
Als vor 190 Jahren der französische Adelige Alexis de Tocqueville die Vereinigten Staaten besuchte, beobachtete er in der dortigen Gesellschaft eine Neigung zum Konformismus, die ihn befremdete. Nicht die Regierung, sondern die Gesellschaft selbst gab sich Regeln, die auf die Bürger starken Druck ausübten. Eine starke soziale Kontrolle, so schien ihm, schrieb dem Einzelnen vor, wie er sich zu verhalten habe, und der Einzelne beuge sich aus Angst vor Isolation diesem Druck. Als Gefahr für die Freiheit des Einzelnen sah er dabei das in der Demokratie so entscheidende Mehrheitsprinzip an. Was wäre, wenn die Mehrheit beschlüsse, die Minderheit zu unterdrücken? Es gebe keine Möglichkeit, sich gegen eine solche „Tyrannei der Mehrheit“ zu wehren. „An wen soll er sich wenden?“, schrieb Tocqueville. „An die öffentliche Meinung? Sie ist es, die die Mehrheit bildet. An die gesetzgebende Versammlung? Sie stellt die Mehrheit dar und gehorcht ihr blind. An die ausübende Gewalt? Sie wird durch die Mehrheit ermannt und dient ihr als gefügiges Werkzeug.“

Manches an der heutigen gesellschaftlichen Situation in Deutschland mag einen an Tocqueville erinnern. Auch heute klagten auffallend viele Bürger über eine starke soziale Kontrolle, haben den Eindruck, dass versucht werde, ihnen bis ins Detail vorzuschreiben, wie sie sich zu verhalten hätten, und viele haben das Gefühl, sich nicht dagegen wehren zu können. Doch eines ist anders als von Tocqueville beschrieben: Der Druck geht nicht von der Mehrheit, sondern von einer Minderheit aus. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z.

Bereits seit einiger Zeit zeigt sich in den Umfragen des Allensbacher Instituts, dass das Freiheitsgefühl der Bürger rückläufig ist. Seit dem Jahr 1953 wurde immer wieder die Frage gestellt: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ Stets antwortete eine klare Mehrheit, sie glaube, man könne seine Meinung frei äußern. Von den sechziger Jahren bis ins vergangene Jahrzehnt hinein vertraten regelmäßig mehr als zwei Drittel der Befragten diese Ansicht, seitdem aber haben sich die Antworten dramatisch verändert. Im Juni 2021 sagten gerade noch 45 Prozent, man könne seine Meinung frei sagen, praktisch gleich viele, 44 Prozent, widersprachen.

Dabei fällt auf, wie unterschiedlich stark die Anhänger der verschiedenen Parteien den Eindruck haben, sie könnten ihre Meinung nicht frei äußern. Unter den AfD-Anhängern waren 62 Prozent dieser Ansicht, aber auch die Anhänger der FDP und der Linken meinten mehrheitlich, man müsse bei seinen Meinungsäußerungen vorsichtig sein. Anhänger der SPD zeigten sich in dieser Hinsicht gespalten, die der CDU/CSU fühlten sich in ihrer Meinungsäußerung etwas überdurchschnittlich häufig frei. Mit Abstand am wenigsten Meinungsklima druck empfanden die Grünen-Anhänger.

Man kann annehmen, dass die allermeisten Menschen, die darüber klagen, man könne seine Meinung nicht frei äußern, durchaus wissen, dass es kein Gesetz gibt, das ihnen die freie Meinungsäußerung verbietet. Darum sind in diesem Zusammenhang auch Verweise auf die im Grundgesetz festgeschriebene Meinungsfreiheit sinnlos. Stattdessen bezieht sich die Klage auf die gesellschaftlichen Sanktionen, die drohen, wenn man gegen die Regeln der „Political Correctness“ verstößt. Wie sehr sich in dieser Hinsicht das Klima in den vergangenen zwei Jahrzehnten gewandelt hat, zeigen die Antworten auf eine Frage, bei der die Interviewer eine Liste mit gesellschaftspolitischen Themen vorlegten. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche davon „heikle Themen“ seien, bei denen man sich leicht „den Mund verbrennen“ könne. Gegenüber dem Jahr 1996, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, hat die Häufigkeit, mit der verschiedene Themen als „heikel“ bezeichnet werden, geradezu dramatisch zugenommen. Dass es heikel sei, über



Nur noch weniger als die Hälfte glaubt, man könne seine Meinung in Deutschland frei äußern.

Von Dr. Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

Muslime und den Islam zu sprechen, meinten 1996 nur 15 Prozent der Befragten, heute sind es 59 Prozent. Dass Vaterlands- und Patriotismus heikel seien, glaubten vor 25 Jahren 16 Prozent, in der aktuellen Umfrage waren es 38 Prozent. Beim Thema Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen ist ein Anstieg von drei auf 19 Prozent zu verzeichnen.

Wie sehr der empfundene Druck, sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen nur in einer bestimmten Wortwahl zu äußern, den Vorstellungen der meisten Bürger entgegensteht, lässt sich gut am Beispiel der „gengerechten Sprache“ illustrieren, die seit einiger Zeit an vielen Universitäten, öffentlichen Institutionen und auch in einigen Medien verwendet wird. In der Umfrage wurde die Frage gestellt: „Wenn jemand sagt: ‚Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt.‘ Daher sollte man z. B. neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.‘ Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?“ Die Antworten der Befragten auf diese Frage waren eindeutig: Nur 19 Prozent sagten, sie sähen das auch so, 71 Prozent hielten ein solches Verhalten für übertrieben, Frauen zu 65

Prozent. Die Einstellung zum „Gendern“ ist auch keine Frage der Generation: Befragte unter 30 waren zu 65 Prozent der Ansicht, ein solcher Sprachgebrauch sei übertrieben. Diese Haltung zieht sich auch durch alle politischen Lager: Am relativ größten war der Anteil der kompromisslosen Befürworter der „gengerechten Sprache“ noch unter den Anhängern der Grünen – doch auch bei ihnen betrug er nur 25 Prozent. 65 Prozent der Grünen-Anhänger sprachen sich dagegen aus.

Das Beispiel steht nicht allein. Bereits im vergangenen Jahr hatte das Allensbacher Institut gefragt, ob man heute noch „Zigeunerschnitzel“ bestellen oder Schaumküsse „Negerkuss“ oder „Mohrenkopf“ nennen dürfe. Sehr deutliche Mehrheiten antworteten mit „Ja“. Mehr als zwei Drittel, 68 Prozent, meinten, man könne auch heute noch „Mohrenkopf“ sprechen, bei „Zigeunerschnitzel“ fanden das 77 Prozent.

Vor einiger Zeit wurde der Begriff der „Cancel Culture“ in die öffentliche Diskussion über Meinungsfreiheit eingeführt. Er bezeichnet, sofern er sich überhaupt klar definieren lässt, eine besonders radikale Form der Political Correctness, nämlich

das Bestreben, Personen, die bestimmte, als nicht angemessen empfundene Äußerungen machen, keinen Raum zur Meinungsäußerung zu geben und sie nach Möglichkeit aus ihren Positionen zu entfernen, sodass sie oder ihre Meinungen aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Wie sehr solche Debatten an weiten Teilen der Bevölkerung vorbeigehen, zeigt sich bereits in der Tatsache, dass nur 24 Prozent der Befragten schon einmal von dem Begriff „Cancel Culture“ gehört hatten. Auf die Nachfrage, was der Begriff bedeute, konnten gerade elf Prozent Angaben machen, die zumindest nicht offensichtlich falsch waren.

Auch in vielen konkreten Fällen zeigt sich die Bevölkerung weniger unduldsam gegenüber Personen, die gegen Normen verstoßen, als man angesichts des Tonfalls in der öffentlichen Diskussion annehmen könnte. Bei einer Frage wurden Fälle aus den vergangenen Monaten vorgestellt, bei denen Personen wegen öffentlicher Äußerungen zurücktreten oder andere Konsequenzen erfahren mussten. Die Befragten wurden gebeten, zu jedem Fall anzugeben, ob sie die Konsequenzen für gerechtfertigt oder übertrieben hielten.

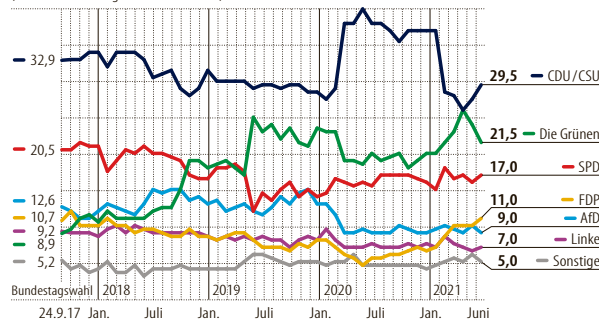
Nur in einem der präsentierten Fälle hielt eine Mehrheit der Befragten die Konsequenzen für gerechtfertigt: 67 Prozent sagten, es sei richtig gewesen, dass der DFB-Präsident zurücktreten musste, nachdem er seinen Stellvertreter mit dem Nazi-Richter Roland Freisler verglichen hatte. Bei einer Reihe anderer Fälle war die Bevölkerung gespalten. So meinten 49 Prozent, es sei gerechtfertigt, wenn ein ehemaliger Nationalspieler mehrere Jobs verliert, wenn er einen schwarzen Fernsehexperten als „Quoten-schwarzen“ bezeichnet, 50 Prozent hielten das für übertrieben. Bei anderen Punkten fehlt den Bürgern dagegen jedes Verständnis für die öffentliche Aufregung: 87 Prozent meinten, es sei übertrieben, wenn eine weiße Übersetzerin ihren Übersetzungsauftrag für das Gedicht einer schwarzen Autorin verliert, weil sie sich als Weiße nicht ausreichend in die Gedankenwelt einer Schwarzen hineinversetzen könne, und 95 Prozent verstanden es nicht, warum eine Politikerin sich offiziell entschuldigen muss, weil sie gesagt hat, dass sie als Kind Indianerhäuptling habe werden wollen.

Eine interessante Frage ist, wie die Diskrepanz zwischen den Sprach- und Verhaltensnormen der Bürger und der Wahrnehmung dessen zustande kommt, was gesellschaftlich geduldet wird und was nicht. Wer im persönlichen Umfeld Zigeunerschnitzel bestellt, von Indianerhäuptlingen spricht und es sich erspart, im privaten Gespräch „Gendernsterchen“ mitzusprechen, wird kaum jemals auf den Unmut seiner Mitmenschen stoßen. Woher kommt also der Eindruck, man dürfe dies nicht tun? Dies ist nur erklärbar, wenn man die Rolle der Massenmedien in diesem Prozess mitberücksichtigt. Ohne sie könnte ein solcher öffentlicher Druck gegen die Einstellungen der Mehrheit nicht aufgebaut werden. Es spricht einiges dafür, dass sich die intellektuellen Diskussionen um solche Themen – einschließlich der Diskussionen in maßgeblichen Massenmedien – teilweise von der Lebenswirklichkeit der Bürger entkoppelt haben.

Dies aber bedeutet für die Gesellschaft Konfliktpotential. Für die beteiligten Medien ist es problematisch, weil Zuspruch und Glaubwürdigkeit in Gefahr sind. Und auch die Bereitschaft der Bevölkerung, sich sprachlich gängeln zu lassen, ist nicht grenzenlos. Es mag ein gewisses Maß an Selbsttäuschung dahinterstecken, dennoch ist es bemerkenswert, dass 55 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten: „Ich weigere mich mit Absicht, meine Ausdrucksweise anzupassen und mich politisch korrekt auszudrücken, weil es mich nervt, wenn andere versuchen, mir ihre Sprachregelungen aufzudrängen.“ Nur 19 Prozent stimmten der Aussage ausdrücklich nicht zu. Und auch hier zieht sich diese Haltung durch das gesamte gesellschaftspolitische Spektrum. Lediglich die Grünen-Anhänger zeigten sich in dieser Frage gespalten. Wer aber versucht, Regeln zu setzen, denen zu folgen sich die Mehrheit weigert, ist am Ende machtlos.

Die Stärke der Parteien

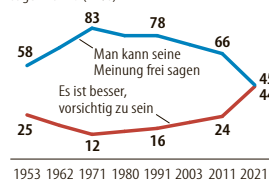
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



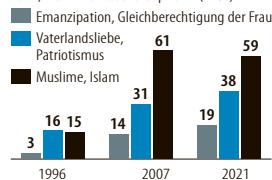
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 28. Mai bis 9. Juni, 1070 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik/Walter

Wie steht es um die freie Meinungsäußerung?

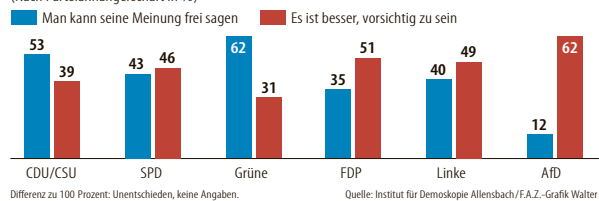
Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann? (in %)



Welches sind Ihrer Ansicht nach heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann, wenn man über sie spricht? (in %)



Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann? (Nach Parteianhängerchaft in %)



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik/Walter